

P R e s s e

S P i e g e l

Polen-Pressespiegel 26/2021 vom 01.07.2021

Die Gleichheitsparade ging durch Warschau. „Das Pendel muss umschlagen“



Quelle: wyborcza.pl

Gleichstellungsparade in Warschau. Die Hitze strömte vom Himmel herab, regenbogenfarbig und weiß-rote Fahnen wehten. Rafał Trzaskowski führte den Umzug an zusammen mit LGBT-Aktivisten. Es gab politische Reden, Tanz und kühlende Spiele an den Wasserfontainen. Die Gleichheitsparade 2021 ging durch Warschau.

Es war der 20. Marsch für das Recht auf Glück und Gleichheit der LGBT-Menschen vor dem Gesetz. Am Nachmittag versammelten sich die Teilnehmer vor dem Kulturpalast.

„In diesen zwei Jahren ist viel Schlimmes passiert. Als Gemeinschaft gehen wir aber gestärkt auf die Straße. Unsere Herzen sind heute auch in Budapest und Minsk. Ich hoffe, dass es heute gut, klug und fröhlich wird“, sagten zu Beginn die Organisatoren aus dem Vorstand der Parade.

Sie sprachen über die letzten zwei Jahre, denn vor einem Jahr gab es keine Parade wegen der Pandemie. Dieses Jahr sollte sie auch nicht stattfinden, aber in letzter Minute stellte sich heraus, dass sie kommt, wenn auch in mehrere Dutzend kleinere Versammlungen aufgeteilt.

Gleichheitsparade 2021 „Ich hab gehört, dass ich ein Unmensch bin“

Es war bunt, picknickartig und friedlich. Schätzungen gehen von mehreren tausend Teilnehmern aus. Allerdings geht es hier nicht um den Rekord. Trotz der Picknick-Formel fand die diesjährige Parade unter besonderen Umständen statt. Und es geht nicht nur um die Pandemie, sondern vor allem um das feindliche Umfeld und die politisch getriebene Atmosphäre der Hexenverfolgung, in der nicht heteronormative Menschen leben müssen. Und um den Kampf, um die Dinge endlich normal zu machen.

Neben dieser politischen Demonstration brach bei der Parade ihre helle Seite durch. Es war ein Fest, das aus der Begegnung von Menschen resultierte, von denen viele täglich unterdrückt werden. Hier hatten sie die Möglichkeit, Solidarität und Freiheit zu spüren. Das Publikum war sehr bunt gemischt, aber junge und sogar ganz junge Menschen dominierten.

„Ich bin in einem Land aufgewachsen, in dem ich gehört habe, dass ich ein Unmensch bin. Heute zeigen wir, dass dies eine Lüge ist. Regenbogenmenschen waren schon immer präsent in der polnischen Geschichte“, sagte Julia, die in der Parade ging. Gerade als die Marschkolonnen an einem Werbewandbild aus der LGBT-TV-Serie von Netflix war.

Die Parade wurde von vielen Kulturinstitutionen der Hauptstadt unterstützt. Ihre Vertreter trugen Transparente mit dem Slogan „Kulturelle Einrichtungen für Gleichberechtigung“. Dem Umzug folgten unter anderem die Direktoren des *Nowy Teatr*, *Museum der Modernen Kunst*, *TR Warszawa*. Die Stadt Warschau postete auf ihrem Facebook-Profil eine beeindruckende Vogelperspektive der Parade.

Gleichstellungsparade in Warschau. „Deine Nachbarin ist lesbisch“

Auf der Paradestrecke gab es keine Gegendemonstrationen. Es gab jedoch viele freundliche Gesten gegenüber den Demonstranten. Menschen begrüßten von Balkonen, schwenkten Regenbogen- und Nationalflaggen. Ein Mädchen namens Lulu kam zur Gleichheitsparade mit dem Banner „Deine Nachbarin ist lesbisch“. „Ich möchte, dass die Leute verstehen, dass nicht heteronormative Menschen keine Abstraktionen sind, sondern unter uns leben. Sie backen Kuchen, begrüßen sich im Treppenhaus“, sagte sie. Es war die fünfte Parade in ihrem Leben.

Ähnlich äußerte sich Szymon aus Chomiczówka. Seine Tochter ist 7 Jahre alt, der Sohn ist 9 Jahre alt. „Sie gehen von Geburt an mit uns zu Paraden, wir haben sie mitgenommen, als sie noch im Kinderwagen waren“, sagte er. Es war die zweite Parade dieser Familie, bei der jeder die gesamte Strecke auf eigenen Füßen zurücklegt.

„Die Parade ist für nicht heteronormative Menschen oft der einzige Tag, an dem sie Händchen haltend durch die Stadt gehen können und sich sicher fühlen“, erinnerte Agnieszka Dziemianowicz-Bąk, von den *Neuen Linken*.

Gleichheitsparade 2021. Trzaskowski geht vorne

Andere Politiker der KO und der Linken waren in der Parade zu sehen, darunter Barbara Nowacka, Katarzyna Lubnauer, Franciszek Sterczewski, Michał Szczerba und Robert Biedroń.

Der Frauenstreik mit Marta Lempart war bei der Parade stark vertreten. Auch Jana Szostak, die belarussische Künstlerin, die in Belarus für Freiheit und Menschenrechte kämpft, war dabei.

An ihrer Spitze stand Rafał Trzaskowski, der erneut die Schirmherrschaft über die Parade übernahm. „Ich grüße das tolerante Warschau“, sagte er kurz vor Beginn des Marsches. „Die Parade ist ein Fest für alle, die tolerant sind. Ich übernehme zum zweiten Mal die Schirmherrschaft. Ich bestätige, dass wir immer zu den Schwächeren stehen werden, dies ist die Aufgabe der lokalen Behörden. Viel Spaß“, sagte er.

An der Parade nahm auch Bix Aliu teil, der ranghöchste amerikanische Diplomat in Polen, der als Botschafter fungiert. Auf TT schrieb er unter einem gemeinsamen Foto von Mitarbeitern der US-Botschaft und anderer Vertretungen: „Wählen wir Liebe statt Hass. Mit großer Freude bin ich heute zusammen mit meinen Kollegen von @usembassywarsaw und Vertretern anderer Botschaften nach #ParadaRówności gegangen. Wir unterstützen Toleranz, Gleichberechtigung und Menschenrechte für alle“.

Gleichstellungsparade in Warschau. „Die Gesellschaft hat sich verändert, aber nicht das Recht“

Ein lauter Polizeihubschrauber kreiste über den Demonstranten. Die Polizisten gingen noch immer an den Marschkolonnen entlang, sie sahen und verhielten sich recht neutral. Sie hatten keine Helme und Schilde dabei wie in den Jahren zuvor. Es gab auch Beamte auf Pferden.

„Einerseits freue ich mich, dass wir freudig in den Straßen Warschaus feiern können, aber auch der 20. Jahrestag der ersten Gleichheitsparade lässt mich darüber nachdenken, dass sich die Gesellschaft in den letzten 20 Jahren verändert hat, das Gesetz jedoch nicht. Darüber hinaus haben wir es mit der Zustimmung

zur Homophobie auf Ebene der höchsten staatlichen Behörden zu tun“, sagte Krzysztof Śmiszek, Abgeordneter der *Neuen Linken*. „Aber je mehr die Regierung die Menschen misshandelt, desto eher muss dieses Pendel in die andere Richtung umschlagen. Deshalb bin ich Optimist und hoffe, dass sich bald alles ändert.“

Zsfg.: JP

<https://warszawa.wyborcza.pl/warszawa/7,54420,27224007,parada-rownosci-2021-przeszla-przez-warszawe.html>



www.mleczko.pl

**In welchem Land
werden wir
am wenigsten nicht gemocht?**

Übers.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:

<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Minister abnormal



Quelle: polityka.pl

Ein Kommentar von Ewa Siedlecka

Der Minister für Bildung und Wissenschaft, Przemysław Czarnek, sagte im Regierungsfernsehen Folgendes über die Teilnehmer der Gleichstellungsparade: „Sie sahen dort Personen, die seltsam gekleidet waren, einen Mann, der wie eine Frau gekleidet war. Sind diese Menschen Ihrer Meinung nach normal? (...) Die Menschen, die dort hingehen, sind Menschen, die sich nicht normal verhalten. (...) Das ist eine öffentliche Demoralisierung, eine Beleidigung der Moral und der Intelligenz der Polen. (...) Jemand, der demoralisiert, alle Arten von Abweichungen fördert, hat nicht die gleichen öffentlichen Rechte wie eine Person, die sich in Übereinstimmung mit Standards und Normen verhält, die nicht demoralisieren“.

Meine Damen und Herren, im Regierungsfernsehen haben Sie einen Mann gesehen, der als Bildungsminister vorgestellt wurde. Ist dies Ihrer Meinung nach ein normaler Minister? Schließlich können alle Polen genau sehen, was er den polnischen Schulen antut. Sie wissen, was Gleichheit und was Toleranz ist, aber was er in den Schulen macht, hat weder mit Gleichheit noch mit Toleranz zu tun. Es ist eine Fetischisierung und Verdrehung von Gleichheit und Toleranz. Diese Person, die das Amt des Bildungsministers bekleidet, verhält sich nicht standardmäßig und normal. Was er den polnischen Schulen, den Lehrern und Schulleitern antut, und was er in die Lehrpläne einführen will, ist eine öffentliche Demoralisierung, eine Beleidigung der Moral und der Intelligenz der Polen.

Jemand, der demoralisiert, Hass und Intoleranz gegen fünf Prozent der polnischen Schulkinder fördert, hat nicht die gleichen öffentlichen Rechte und sollte nicht die gleiche Macht als Amtsträger haben wie jemand, der sich gemäß Standards und Normen verhält und nicht demoralisiert.

Zsfg.: AV

<https://siedlecka.blog.polityka.pl/2021/06/23/minister-nienormaly/?nocheck=1>

Ein Priester aus Poznań berechnete das Geld für die erste Kommunion. Vorhin sagte er, dass es keine Preisliste gibt



Quelle: wyborcza.pl

Die genaue Liste der Klassen mit den an den Priester aus Skórzewo bezahlten Beträge für die Feier der Erstkommunion, wurde auf der Website der Pfarrei veröffentlicht. Der Unterschied zwischen der Gruppe, die am wenigsten bezahlt hat, und der Gruppe, die am meisten gab, beträgt fast 1500 Zloty.

Mitte Mai haben wir die Geschichte der Pfarrei in Skórzewo bei Posen beschrieben, wo vor der ersten Heiligen Kommunion eine Preisliste erschienen ist, in der unter anderem die Kosten für Blumen, die Gebühren für Messen oder für ein neues Kreuz aufgeführt sind. Die Eltern der Kommunionkinder waren empört. Der Leiter der Pfarrei des Heiligen Martin und Vinzenz in Skórzewo, Pfarrer Marek Niemir, erklärte dann gegenüber „Wyborcza“, dass nicht er die Preisliste erstellte, sondern die Eltern selbst und dass die Zahlung freiwillig sei.

Eine Preisliste für die Kommunion. 13 Tausend für die Feierlichkeiten und Geschenke

„Ein restauriertes Kreuz mit neuem Sockel über dem Tabernakel und ein neues 6-Meter-Eichenkreuz mit Korpus und Stahlsockel für die neue Pfarrei“. Für die Finanzierung dieser Geschenke hat sich der Priester bei den Eltern bedankt, deren Kinder dieses Jahr die erste Heilige Kommunion empfangen. Wie hoch waren die Kosten für die Organisation von Feiern und Geschenken für die Gemeinde? Sie lagen bei ca. 13 Tausend Zlotys.

Die bloße Spendenabrechnung für die Kirche erhebt keine Einwände, aber die Einwohner von Skórzewo sind empört über die Angabe von Details. Pater Niemir gab in der Bekanntmachung die Namen der Schulen und die Klassen sowie den von den Eltern der Schüler gezahlten Betrag an.

„Unser berühmter schwarzer Businessmann benimmt sich wie ein Grundschulkind und listet auf, wer was gegeben hat. Will er einen Wettbewerb oder Streit provozieren?“, fragte einer der Internetnutzer in der Facebook-Gruppe für die Einwohner von Skórzewo.

Der Fall widerte auch Paweł Nijakowski an, einen Einwohner von Skórzewo und Aktivist der Gruppe für die säkulare Schule, der Informationen über die Kosten des Religionsunterrichts an staatlichen Schulen sammelt. Nijakowski glaubt, dass dieser Ansatz immer noch öffentliche und unabhängige Schulen an die Kirche bindet.

„Der Aufbau einer Erzählung, dass Kommunion ein Schulereignis ist, verwischt diese Grenzen, und es kann hier nicht verschwiegen werden, dass es sich um eine bewusste Aktion der Kirche handelt. Die Aktion ist sehr effektiv, weil sie den Jüngsten lehrt, wie wichtig die katholische Kirche ist, und es dadurch für die Kirche sehr einfach ist, beispielsweise in die Politik einzusteigen und sich in verschiedene Bereiche des gesellschaftlichen Lebens einzumischen“, glaubt Nijakowski.

„Es ist eine individuelle Angelegenheit für jede Familie“

Der Unterschied zwischen der Klasse, die am wenigsten bezahlt hat, und der Klasse, die am meisten gegeben hat, beträgt 1.479 PLN. „Ich verstehe, dass dies an der Anzahl der Kinder liegen kann, die die Kommunion empfangen. Aber kleine Kinder werden es nicht verstehen. Wie sollen sich die Schüler und ihre Eltern jetzt fühlen, wenn sie eine solche Gegenüberstellung sehen?“, fragt Nijakowski.

Wir haben Pater Marek Niemir nach der Begründung für die Veröffentlichung dieser Berechnung gefragt. Er nahm den Hörer ab, beendete das Gespräch aber schnell. „Ich werde das nicht kommentieren. Es hat mich viel Gesundheit gekostet“, sagte er und legte auf.

„Ich sehe keinen Grund, empört zu sein. Generell denke ich, dass das Thema Heilige Kommunion in unserer Pfarrei nicht in den Medien hätte sein sollen. Es ist für jede Familie eine individuelle Angelegenheit, ob sie das Kind zur Religion, zur heiligen Kommunion schicken und ob sie die Pfarrei bezahlen. Außerdem war der Beitrag freiwillig“, sagt Anna Morawska, Mutter einer Drittklässlerin, die in diesem Jahr in der Pfarrei in Skórzewo ihre Erstkommunion feierte. Laut Vergleich zahlte die Klasse von Frau Anna einen der größeren Beträge. „Für mich spielt es keine Rolle, dass wir wissen, wer und wie viel bezahlte. Gut, dass der Pfarrer den ganzen Betrag abrechnete.“

Der Pfarrer auf der Website sagte auch, dass er bei den Geschenken von Gemeindemitgliedern drauf bezahlt habe. „Danke, dass Sie eine bleibende Erinnerung an die Zeremonie hinterlassen haben. Für die Realisierung der oben genannten Spenden wurden aus der Pfarreikasse 3.707,80 PLN hinzugefügt“, lesen wir in der Pressemitteilung.

In diesem Jahr empfangen in der Pfarrei von Fr. Niemir 179 Kinder aus zwei Grundschulen in Skórzewo und aus einer Schule im nahe gelegenen Dąbrowa die Kommunion. Auf der Liste steht auch ein Betrag, der von „anderen Schulen“ bezahlt wurde, aber der Priester erwähnt nicht, um welche Schulen es sich handelt.

Zsfg.: MB

<https://poznan.wyborcza.pl/poznan/7,36001,27246400,ksiadz-spod-poznania-rozliczyl-klasy-z-pieniedzy-za-komunie.html>

Das Klimaministerium hat ein Gesetz veröffentlicht, das die Förderung von Fotovoltaik Anlagen reduziert



Quelle: wyborcza.biz

„Das Ende des Systems der Preisnachlässe für die Besitzer von Fotovoltaik-Mikroanlagen wird die Entwicklung des Fotovoltaik-Sektors nicht stoppen“, sagt die Credit Agricole Bank.

Das Gesetz hierzu ist fertig und wird derzeit von einzelnen Ministerien geprüft. Der Branche wurden nur etwa ein Dutzend Tage Zeit gegeben, um schriftlich zu den neuen Vorschriften Stellung zu nehmen. Und diese beziehen sich auf eine Neuorganisation des Energiemarktes. Langfristig führt man ein Strompreissystem ein, das nicht vom Energieregulierungsamt, sondern vom Markt reguliert wird. Die Preise werden sich im Laufe des Tages je nach Marktspiel von Angebot und Nachfrage kontinuierlich ändern. Der Klimaminister kündigte jedoch an, dass sich das Inkrafttreten der neuen Regelungen aufgrund des langen Gesetzgebungsverfahrens um sechs Monate verschieben wird, also erst Mitte 2022 in Kraft treten wird.

Aber heute ist es ohnehin kaum vorstellbar, denn die Regierung hat bereits 2019 gezeigt, dass sie bereit ist, den Energiemarkt und damit die Preise einzufrieren, um nicht zu riskieren, die öffentliche Unterstützung zu verlieren. Das Gesetz und der Prozess seiner Verabschiedung wurden vom Obersten Rechnungshof in seinem jüngsten Bericht kritisiert.

[...]
Dies sind die heute beliebte „Solarmodule“, die auf den Dächern von Häusern oder seltener im Garten installiert werden können. Wenn die Sonne scheint, produzieren sie Strom und senken die Haushaltsrechnung. Vor sechs Jahren war es in Polen eine reine Nischentechnologie, die wohlhabenden Menschen und Liebhabern eines grünen Lebensstils vorbehalten war.

Aufgrund der großen Subventionen, die von der Vereinigten Rechten eingeführt wurden (nicht aus eigener Initiative, die Regierung wurde durch die europäische Klimapolitik dazu gezwungen), lag Polen im Jahr 2020 in Europa auf dem 4. Platz in Europa im Bezug auf Zuwachs der neuen Fotovoltaik-Kapazität. Wir wurden von Deutschland, den Niederlanden und Spanien überholt.

Auch dieses Jahr kann ein Rekordjahr werden, aber dann wird sich das Tempo der Fotovoltaik-Entwicklung verlangsamen.

Das vorgeschlagene Gesetz sieht die Abschaffung des komplizierten Finanzsystems vor ab dem neuen Jahr, da die Rückzahlung der Investition in die Fotovoltaik (durchschnittlich ca. 20 Tausend PLN) 6-7 Jahre dauert. Es geht um die so genannten Rabatte. Die meisten Personen die Solaranlagen installierten, profitierten von drei Fördermethoden.

1. Nicht rückzahlbare Zuschüsse im Rahmen des Programms „Mein Strom“ in Höhe von 5.000 PLN

2. Als Thermomodernisierungsentlastung bekannte Steuererleichterung, bei der sie 17% von der Steuerbemessungsgrundlage abziehen oder für Fotovoltaik ausgeben oder die Wärmequelle durch ökologische ersetzen können.

3. Rabatte. Dies ist ein origineller Weg, der 2016 von PiS eingeführt wurde, um Menschen zur Installation von Fotovoltaikmodulen zu ermutigen. Es läuft darauf hinaus, dass der Überschuss des produzierten Stroms ins Netz geht, das zu einem virtuellen Energiespeicher wird. Und wenn wir Strom brauchen, holen wir ihn mit 20% Rabatt ab. Dieses scheinbar komplizierte System führt dazu, dass die Rechnungen ein Jahr nach der Installation der Fotovoltaik auf fast null sinken können. Nicht für immer, aber für 15 Jahre eines solchen Abkommens.

Photovoltaik in Kirchen

Die Idee wurde von Experten kritisiert. „Derzeit sind die Betroffenen in keiner Weise in der Lage, die Rentabilität zu berechnen. Selbst Spezialisten haben damit Probleme. Das Fördersystem verdunkelt das Bild, es ist unklar“, sagt Grzegorz Wiśniewski, Präsident des Instituts für Erneuerbare Energien.

Wer jedoch sofort wusste, wie die neue Unterstützung funktioniert, hat viel gewonnen. So wurde der Fotovoltaik-Boom in Polen von Pfarrern in Gang gesetzt. Unmittelbar nach der Machtübernahme hat die PiS die Definition des „Prosumers“, also des Produzenten und Verbrauchers von Energie erweitert um Gemeinden, auch kirchliche Gemeinden.

„Kirchen haben mit der Installation von Fotovoltaikmodulen begonnen. Dies ist die Wirkung von der PiS Regierung. Der größte Leistungszuwachs von Fotovoltaik-Modulen, sogar 14%, wurde im Karpatenvorland verzeichnet“, sagte Grzegorz Wiśniewski im Jahr 2017.

Das ist kein Zufall. Kazimierz Jaworski, ehemaliger PiS-Senator, überredete Priester, Module in Pfarreien zu installieren. „Gott gab dem Menschen solche Gelegenheiten. Es wäre eine Sünde, sie nicht zu nutzen“, sagte im Jahr 2016 Jaworski, der Gründer der Firma Sieci Energii Słonecznej (SPES), zu „Rzeczpospolita“.

Eine halbe Million der Installationen in 5 Jahren

Bald wurden die Vorteile der Rabatte auch von Normalsterblichen wahrgenommen. Das Ergebnis? In Polen wurde in fünf Jahren eine halbe Million kleiner Fotovoltaikanlagen gebaut. Das ist viel. Die Regierung schätzt, dass wir 1 Million Prosumenten erreichen würden, aber erst im Jahr 2028. Also entschied sie, dass es an der Zeit sei, den Markt abzukühlen, und der Vorwand war die EU-Richtlinie, die die Regierung in gewisser Weise dazu zwingt, die Art und Weise der Ansiedlung von Prosumenten zu ändern.

Die Umstellung wird jedoch chaotisch eingeleitet. Verbraucher wissen nicht, ob sich die Fotovoltaik nach den neuen Regeln noch rechnet. Eine Berechnung der Kapitalrendite ist praktisch unmöglich, weil sie von zukünftigen variablen Energietarifen abhängt, und zusätzlich gibt es ein echtes Risiko, dass Menschen, die die Förderung nach den alten Regeln in Anspruch nehmen wollen, in großer Zahl zu Unternehmen gehen werden, die Fotovoltaik installieren. Und eine höhere Nachfrage kann zu Preiserhöhungen führen.

„Wir würden beispielsweise eine schrittweise Abkehr vom Rabattsystem postulieren, das für 3-5 Jahre vorgesehen ist“, sagt Bartosz Majewski, Vizepräsident von Edison Energia. Es ist das dritte Unternehmen der Branche, das vor gerade einmal zwei Jahren praktisch von Grund auf neu gegründet wurde. Dies zeigt das Ausmaß des Booms. Wird der Markt zusammenbrechen?

„Die Abschaffung des Preisnachlasssystems für die Eigentümer von Fotovoltaik-Mikroanlagen wird die Entwicklung des Fotovoltaik-Sektors nicht stoppen. Die Kapitalrendite wird etwas langsamer sein, aber das

Sparen von Stromrechnungen wird immer noch ein attraktiver Anreiz für Investoren sein“, sagt Tomasz Kamiński, Experte für grüne Energie bei der Credit Agricole Bank.

„Not macht erfinderisch, daher ist die Entwicklung des Energiespeichersektors zu erwarten und solche Auslegung von Anlagen, dass der Prosumer möglichst viel Strom für den Eigenbedarf nutzt. Darüber hinaus ist zu erwarten, dass einige Unternehmen, die sich mit Fotovoltaik beschäftigen, ein System zusätzlicher Anreize für die Kunden vorbereiten werden“, meint Kamiński.

Zsfg.: MB

<https://wyborcza.biz/biznes/51,179190,27234451.html?i=0>

Gericht inhaftiert Bartosz Kramek, Ehemann von Lyudmyla Kozlovska, Chefin der Stiftung Open Dialogue



©Agencja Gazeta

Bartosz Kramek

Quelle: wyborcza.pl

Am Donnerstag verhaftete ein Gericht auf Antrag der Staatsanwaltschaft Bartosz Kramek, Aktivist und Ehemann von Lyudmyla Kozlovska, Chefin der Stiftung Open Dialogue, die vor drei Jahren aus Polen ausgewiesen wurde. Vorwürfe? Falschbeurkundung von Umsatzsteuerrechnungen und Geldwäsche.

Laut Lyudmyla Kozlovska ist die Inhaftierung ihres Mannes „eine Fortsetzung der Verfolgung ihrer und ihres Mannes Arbeit für Demokratie und freie Gerichte in Polen“. Das Gericht, das die Entscheidung über den Arrest von Bartosz Kramek getroffen hat, legte fest, dass die Verhaftung aufgehoben wird, wenn der Verdächtige bis zum 8. Juli 2021 eine Kautionshöhe von 3 00 000 Zloty zahlt. Der Staatsanwalt legte diesbezüglich Einspruch ein. Das bedeutet, dass Bartosz K. in Haft bleibt, bis der Beschluss über die vorläufige Festnahme rechtskräftig wird. Gleichzeitig wird der Staatsanwalt die Entscheidung des Gerichts über den so genannten bedingten Arrest sofort anfechten, informiert der Sprecher der regionalen Staatsanwaltschaft in Lublin die „Wyborcza“. (...)

Bartosz Kramek wurde am Dienstag, 22. Juni, in einem Warschauer Hotel festgenommen. Am Tag zuvor flog Kramek aus Brüssel ein, wo er derzeit lebt. Der Sprecher der Bezirksstaatsanwaltschaft Lublin, Karol Blajerski, teilt den Medien mit, dass Bartosz K. angeklagt werden soll, weil er in 46 an 11 ausländische Unternehmer ausgestellten Umsatzsteuerrechnungen über einen Gesamtbetrag von ca. 5,3 Mio. PLN Unwahrheiten über die Erbringung von Beratungsleistungen durch das Unternehmen bescheinigt hat sowie die kriminelle Herkunft dieser Gelder verheimlicht hat, indem er sie u. a. an die Stiftung Open Dialogue und andere identifizierte Einrichtungen überwiesen hat. Laut Blajerski lautet die Anklage unter anderem auf Handeln zum finanziellen Vorteil.

Gemäß Informationen der Ermittler stellte Kramek als Vorstand der Firma Silk Road zwischen 2012 und 2016 Mehrwertsteuerrechnungen für nicht näher spezifizierte Beratungsleistungen aus, die als „Beratungsdienstleistungen“, „IT-Dienstleistungen“ und „VOIP-Dienstleistungen“ beschrieben wurden. Laut den Ermittlern aus Lublin sollten seine Auftraggeber „nur Unternehmen aus so genannten Steueroasen wie Belize oder den Seychellen oder Unternehmer sein, die nur vorgaben, auf dem Wirtschaftsmarkt tätig zu sein und sich in virtuellen Büros registrierten.“ Die regionale Staatsanwaltschaft in Lublin behauptet, dass „Silk Road in der Tat keine Dienstleistungen für diese Auftragnehmer erbrachte und keine wirtschaftlichen Beziehungen zu ihnen hatte“. „Die in das Strafverfahren involvierten Unternehmen wurden von professionellen lettischen und estnischen Vermittlern gegründet. Die Bankkonten dieser Firmen wurden u. a. in Lettland geführt, und die eigentlichen Nutznießer ihrer Aktivitäten waren u. a. Bürger Russlands und der Ukraine“, sagt Staatsanwalt Karol Blajerski. Den Ermittlern zufolge sollten die von Silk Road gesammelten Gelder an die Stiftung Open Dialogue überwiesen werden. Nach Angaben der Ermittler drohe Bartosz Kramek eine 10-jährige Haftstrafe für die angeblichen Verbrechen.

Open Dialogue: „Wir sehen dies als einen weiteren Akt der politischen Verfolgung der Stiftung“

Nach Angaben von Onet wurde Bartosz Kramek im Zusammenhang mit den Ermittlungen zu Kozlovskas Stiftung festgenommen. Open Dialogue hat auf ihrem Twitter-Account auf die Verhaftung von Kramek hingewiesen. „Wir betrachten dies als einen weiteren Akt der politischen Verfolgung der Stiftung durch Institutionen, die der PiS unterstehen“, lesen wir. Und weiter: „Wegen der Kritik an den Machthabern ist Open Dialogue seit 2017 im Visier der Behörden. Die Behörde für Innere Sicherheit ‚überprüft‘ seit 2018 unsere Finanzen, auch sonst gibt es zahlreiche Verfahren gegen uns. Bisher sind alle zu unseren Gunsten entschieden worden. Dies wird auch jetzt der Fall sein. Wir handeln legal. Wir werden uns nicht einschüchtern lassen“.

Der PiS-Staat griff Lyudmyla Kozlovska, ihren Ehemann und die Stiftung Open Dialogue an

Die Open Dialogue Stiftung, geleitet von Lyudmyla Kozlovska, wurde 2009 gegründet. Sie befasst sich mit der Verteidigung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im postsowjetischen Raum. Vor 2017 war sie vor allem für ihre Arbeit zur Unterstützung der Ukraine bekannt. Sie stellte unter anderem kugelsichere Westen und Helme für Ukrainer bereit, die in der Ostukraine gegen Rebellen kämpfen, eröffnete die Filiale „Ukrainische Welt“ im Zentrum Warschaus oder setzte sich für die Freilassung der ukrainischen Pilotin Nadia Sawtschenko aus russischer Haft ein.

Alles änderte sich im Juli 2017, als Bartosz Kramek während der öffentlichen Massenproteste gegen das PiS-Gesetz für den Obersten Gerichtshof den Artikel veröffentlichte: „Bringt den Staat zum Erliegen! Lasst uns die Regierung stilllegen!“. Unter Verweis auf die Erfahrungen des ukrainischen Majdan empfahl Kramek zivilen Widerstand, von Generalstreiks bis hin zu einer Zeltstadt vor Jarosław Kaczyńskis Haus. Seitdem sind Kramek und die Open Dialogue Stiftung zu einem öffentlichen Feind der Regierung und ihrer Unterstützer geworden. Der Staat hat auf verschiedene Weise versucht, den Aktivisten das Leben schwer zu machen, von Steuerprüfungen bis hin zu versuchen, einen externen Kommissar in die Stiftung einzuführen.

Schließlich schlug der Staat bei Lyudmyla Kozlovska, der Chefin der Stiftung und Ehefrau von Kramek, zu. Die ABW (Agentur für Innere Sicherheit) stufte sie als „Gefahr für die Staatssicherheit“ ein und setzte sie auf die EU-Liste der Personen, denen die Einreise in die Schengen-Zone verwehrt ist. Kozlovska erfuhr es im August 2018, als sie auf dem Brüsseler Flughafen landete. Die Belgier schickten sie mit dem ersten Flugzeug zurück nach Kiew. Die Regierung hat den Grund für ihre Aufnahme in die Liste nie offengelegt, es wurden lediglich Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit der Finanzierung der Stiftung angedeutet. Der ehemalige Außenminister Witold Waszczykowski warf Kozlovska vor, zum Sturz der polnischen Regierung aufgerufen zu haben. Es gab ebenso Andeutungen, dass die Aktivistin für Russland arbeite.

Die europäischen Hauptstädte überzeugten sich jedoch schnell davon, dass die Vorwürfe gegen Kozlovska aufgeblasen sind, und die Entscheidung der polnischen Regierung entpuppte sich als Image-Flop. Zunächst erhielt Kozlovska ein Visum von Deutschland, wo sie an einer Konferenz im Bundestag über Populismus in Mitteleuropa teilnahm. Anschließend besuchte Kozlovska Brüssel (um vor dem

Europäischen Parlament zu sprechen), das Vereinigte Königreich (im Unterhaus), Frankreich (beim Europarat in Straßburg) und die Schweiz (am UN-Hauptsitz in Genf).

Im März dieses Jahres hob das Woiwodschaftsverwaltungsgericht in Warschau erneut die Entscheidung zur Ausweisung von Lyudmyla Kozlovska aus Polen auf. Nach Ansicht des Gerichts hatte das Ausländeramt keine ausreichenden Beweise, um Kozlovska die Einreise nach Polen zu untersagen. Das Gericht wies das Amt außerdem an, Kozlovskas Antrag auf Streichung von der Liste der unerwünschten Personen erneut zu prüfen.

Zsfg.: AV

<https://lublin.wyborcza.pl/lublin/7,48724,27249887,sad-aresztowal-bartosza-kramka-meza-ludmily-kozlowskiej-szefowej.html>

„Es ist doch unglaublich“ Eliza Michalik äußert sich zur Unterstützung der PiS-Politiker für Pater Rydzyk



Quelle: natemat.pl

Es ist doch unglaublich, dass eine Gruppe von Abgeordneten der Vereinigten Rechten eine Erklärung zur Verteidigung von Pater Rydzyk abgegeben hat. Und dass ihrer Meinung nach der Redemptorist ungestraft bleiben sollte, obwohl er das Gesetz gebrochen hat, indem er sich weigert, den Steuerzahlern zu erklären, wofür das Geld verwendet wurde, das er von ihnen genommen hat.

Können Sie es sich vorstellen? Menschen, die vom Volk gewählt werden, um Gesetze zu erlassen und durchzusetzen, fordern, dass eine Persönlichkeit des öffentlichen Lebens über dem Gesetz steht! Ich verstehe, dass Politiker immer wieder Vetternwirtschaft und Manipulationen verüben, um ihre Kollegen zu schützen, denn das liegt in der menschlichen Natur.

Aber offen appellieren, jemanden über das Gesetz zu stellen, nur weil sie ihn kennen oder besser gesagt, weil sie von der Zusammenarbeit mit ihm profitieren? Den Wählern ins Gesicht sagen (denn das ist der Sinn dieser Aussage): Ihr Trottel würdet im Gefängnis sitzen oder ihr würdet eine Geldstrafe zahlen, aber unser Kamerad Rydzyk sollte ungestraft bleiben, gerade weil er unser Freund ist und uns hilft. So was passiert nicht allzu oft.

Übrigens, Rydzyk verhilft den Abgeordneten der Vereinigten Rechten zu Stimmen der Wähler, deren Geld er später als Subvention bekommt. Das heißt, dass die Wähler selbst Abgeordnete dafür bezahlen, dass sie von ihnen belogen werden. Ist das nicht die zynischste und brillianteste politische Erfindung?

Die Rechtslage ist klar: Die Stiftung *Lux Veritatis*, die unter anderem Herausgeber von *Telewizja Trwam* und *Radio Maryja* ist, kassiert das Geld der Steuerzahler. Und dies sind keine geringfügigen Beträge,

denn wie das Portal *Oko.Press* berichtet, hat die Stiftung *Lux Veritatis* nur in den letzten fünf Jahren 67 Millionen PLN vom polnischen Staat erhalten (insgesamt nahmen alle mit Rydzyk verbundenen Wirtschaftseinheiten 325 Millionen PLN ein!).

Die Bedingung für den Erhalt solcher, d. h. staatlicher Gelder, ist Offenheit, eine ehrliche und transparente Darstellung gegenüber der Öffentlichkeit. Und das hat die Stiftung von Rydzyk nicht getan und dies ist es, was das Bürgernetz *Watchdog Polska* verlangt, gerade weil es die Ausgaben öffentlicher Gelder überwacht und kontrolliert, wie die staatlichen Institutionen das Gesetz über den Zugang zu öffentlichen Informationen umsetzen.

Der Strafprozess im Fall der Stiftung *Lux Veritatis* (es geht um Kosten aus dem Jahr 2016), bei dem Tadeusz Rydzyk auf der Anklagebank sitzen soll, sollte am 9. April dieses Jahres beginnen. Fand aber nicht statt aufgrund unzähliger Anträge zur Geschäftsordnung von den Anwälten der Angeklagten und von der Staatsanwaltschaft. Der Prozess wird höchstwahrscheinlich am 30. Juni beginnen, doch in der Zwischenzeit äußerte sich Zbigniew Ziobro, Justizminister und Generalstaatsanwalt, der die Staatsanwaltschaft beaufsichtigt, auf *Radio Maryja* zu dem Fall: „Es ist offensichtlich und klar, dass dies ein weit hergeholter Fall ist und die Strafgerichte versuchen, die Stiftung *Lux Veritatis* und Menschen, die in vielen Kreisen respektiert und geschätzt werden, instrumental und grundlos zu verfolgen. Diese Aktivitäten werden gerade unternommen, um sie zu stigmatisieren, anzugreifen, zu zerstören und zu zeigen, dass sie durch strafrechtliche Anschuldigungen an den Pranger gestellt werden.“

Auf diese Weise brach Ziobro alle Standards eines fairen Verfahrens, den Grundsatz der Unparteilichkeit, Fairness und Transparenz der Justiz, der beiden Streitparteien gleiche Chancen einräumte. Außerdem wies er seine nachgeordneten Staatsanwälte öffentlich an, wie der Fall zu behandeln sei und auf wessen Seite sie zu stehen haben, und damit ein beunruhigendes und klares Signal an den Richter gesendet, der in diesem Fall das Urteil erlassen wird.

Wenn wir noch daran denken, dass die oben erwähnten Mitglieder der Vereinigten Rechten, die empört darüber sind, dass das Bürgernetz *Watchdog Polska* die Büros der Stiftung durchsuchen und ihre E-Mails sichern will, was im Falle eines Verdachts auf Finanzbetrug normal ist, dann wissen wir doch eigentlich, wie der Fall enden könnte, oder?

Aber zur Klarstellung für alle kleine Leute: Nur Rydzyk und seine Stiftung dürfen wegen der Staatsgelder nicht zur Rechenschaft gezogen werden, da jeder andere in einer solchen Situation schwere Folgen tragen müsste. Abgesehen davon, dass sonst niemand so viel Geld von PiS bekommen würde. Aber wir haben Gleichheit vor dem Gesetz, und Polen ist immer noch ein gesetzestreu Land, oder?

Zsfg.: JP

<https://natemat.pl/359315,eliza-michalik-komentuje-wsparcie-politykow-pis-w-procesie-ojca-rydzyka>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: i.plsc.com

„... wir alle als Gemeinschaft, die Gemeinschaft der Kirche, die die Lehre Christi lebt, haben das Recht, für das Leben des verstorbenen Präsidenten Lech Kaczyński und ebenfalls [für das Leben] des Vorsitzenden [Jarosław Kaczyński] in den Kategorien des Volkes Gottes zu danken, das glücklich ist, dass es solche Menschen gibt, die so viele Jahre in ihm leben. Es ist unsere Pflicht, dem Herrgott für sie zu danken. Wir haben auch die Pflicht, für das Geschenk ihres Lebens für Polen zu danken.“

Marek Jędraszewski - römisch-katholischer Erzbischof von Krakau

Quelle: <https://wiadomosci.wp.pl/terlikowski-ostro-o-homilii-abp-jedraszewskiego-przyspiesza-laicyzacje-6652289897888736a>

yahoo.com

Ungarn, Polen, Russland, Türkei? Demokratie siegt!

<https://de.sports.yahoo.com/news/ungarn-polen-russland-t%C3%BCrkei-demokratie-075800914.html>

orf.at

Polen verteidigt Ungarns LGBTQ-Gesetz

<https://orf.at/stories/3218572/>

saechsische.de

Einreise nach Polen: Weiter nur mit Test?

<https://www.saechsische.de/goerlitz/corona-test-regeln-einreise-polen-5470482-plus.html>

juedische-allgemeine.de

Solidarität in Warschau

<https://www.juedische-allgemeine.de/juedische-welt/solidaritaet-in-warschau/>

nd-aktuell.de

Streit unter Freunden

<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1153382.deutsch-polnische-freundschaft-streit-unter-freunden.html>

DEKODER auf Deutsch

<https://dekoder.com.pl/deutsch-artikel/>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Małgorzata Burek | Jerzy Paetzold
Christel Storch-Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik